

Öffentlich-rechtlicher Vertrag
über die Übertragung von Aufgaben des Kreises Segeberg
auf die Städte, amtsfreien Gemeinden und Ämter des Kreises Segeberg
und von Zuständigkeiten der Landrätin bzw. des Landrates
des Kreises Segeberg
auf die Bürgermeisterinnen bzw. Bürgermeister
der Städte, amtsfreien Gemeinden und Amtsvorsteherinnen bzw.
Amtsvorsteher der Ämter des Kreises Segeberg

Aufgrund der §§ 25 a und 121 ff. des Landesverwaltungsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein (LVwG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 02.06.1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 243, ber. S. 534), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 17. September 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 573), wird nach Beschlussfassung des Kreistages des Kreises Segeberg, der Stadt-, Gemeindevertretungen und Amtsausschüsse gemäß § 23 Nr. 23 der Kreisordnung (KrO), § 28 Nr. 24 der Gemeindeordnung (GO) und § 24 a der Amtsordnung (AO) in Verbindung mit § 28 GO der nachfolgende Vertrag geschlossen:

§ 1
Vertragspartner

Vertragspartner dieses Vertrages sind der Kreis Segeberg, vertreten durch die Landrätin bzw. den Landrat

und

die Städte

1. Bad Bramstedt, vertreten durch die Bürgermeisterin bzw. den Bürgermeister,
2. Bad Segeberg, vertreten durch die Bürgermeisterin bzw. den Bürgermeister,
3. Kaltenkirchen, vertreten durch die Bürgermeisterin bzw. den Bürgermeister,
4. Norderstedt, vertreten durch die Oberbürgermeisterin bzw. den Oberbürgermeister,
5. Wahlstedt, vertreten durch die Bürgermeisterin bzw. den Bürgermeister,

die amtsfreien Gemeinden

6. Ellerau, vertreten durch die Bürgermeisterin bzw. den Bürgermeister,
7. Henstedt-Ulzburg, vertreten durch die Bürgermeisterin bzw. den Bürgermeister,

die Ämter

8. Bad Bramstedt-Land, vertreten durch die Amtsvorsteherin bzw. den Amtsvorsteher,
9. Bornhöved, vertreten durch die Amtsvorsteherin bzw. den Amtsvorsteher,
10. Itzstedt, vertreten durch die Amtsvorsteherin bzw. den Amtsvorsteher,
11. Kaltenkirchen-Land, vertreten durch die Amtsvorsteherin bzw. den Amtsvorsteher,
12. Kisdorf, vertreten durch die Amtsvorsteherin bzw. den Amtsvorsteher,
13. Leezen, vertreten durch die Amtsvorsteherin bzw. den Amtsvorsteher,
14. Boostedt-Rickling, vertreten durch die Amtsvorsteherin bzw. den Amtsvorsteher,
15. Trave-Land, vertreten durch die Amtsvorsteherin bzw. den Amtsvorsteher.

§ 2 Gegenstand des Vertrages

Zur Erprobung einer ortsnahen Aufgabenerfüllung werden gemäß § 25 a LVwG Aufgaben des Kreises Segeberg auf die Städte, amtsfreien Gemeinden und Ämter sowie Zuständigkeiten der Landrätin bzw. des Landrates auf die jeweiligen Bürgermeisterinnen bzw. Bürgermeister und Amtsvorsteherinnen bzw. Amtsvorsteher zur eigenverantwortlichen Wahrnehmung übertragen.

§ 3 Umfang der Aufgaben- und Zuständigkeitsübertragung

- (1) Die in § 1 genannten Städte, Gemeinden und Ämter übernehmen für den Bereich ihrer Stadt oder Gemeinde bzw. ihres Amtes nachstehende dem Kreis Segeberg obliegende Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung. Die Bürgermeisterinnen bzw. Bürgermeister und Amtsvorsteherinnen bzw. Amtsvorsteher übernehmen für den Bereich ihrer Stadt oder Gemeinde bzw. ihres Amtes nachstehende Zuständigkeiten der Landrätin bzw. des Landrates des Kreises Segeberg
1. Überwachung von Preisangaben (§ 1 der Landesverordnung über die zuständigen Behörden für die Überwachung von Preisangaben vom 12.04.1990 (GVOBl. Schl.-H. S. 268), § 3 Preisangaben- und Preisklauselgesetz vom 03.12.1984 (BGBl. S. 1429), zuletzt geändert 07.09.2007 (BGBl. I S.2246/2257), Preisangabenverordnung vom 18.10.2002 (BGBl. I S. 4197), zuletzt geändert 29.07.2009 (BGBl. I S. 2355),
 2. Überwachen und Einsammeln verbotswidrig abgelagerten Abfalls bedeutenden Umfangs innerhalb geschlossener Ortslagen auf Privatgrundstücken – keine gewerbliche Nutzung – (§§ 25 Landesabfallwirtschaftsgesetz vom 18.01.1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 26 ff.) in der zurzeit geltenden Fassung i.V.m. §§ 3, 4 und 10 Landesverordnung über die zuständigen Behörden nach abfallrechtlichen Vorschriften vom 11.07.2007 (GVOBl. Schl.-H. S. 341)),
 3. Befreiung von Knickschutzvorschriften im Zusammenhang mit dem Bau von Erschließungen für Grundstückseinfahrten (bis 5 m Breite) sowie Verfolgung von geringfügigen Verstößen gegen Knickschutzbestimmungen im Innenbereich gemäß § 34 Baugesetzbuch (§§ 25 Abs. 3, 64 Abs. 2, 50 Abs. 1 Nr. 4 Landesnaturschutzgesetz – LNatSchG – vom 06.03.2007 (GVOBl. Schl.-H. S. 136), zuletzt geändert durch Art. 10 und 11 des Gesetzes vom 12. Dezember 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 791) in der jeweils geltenden Fassung,
 4. Erlass von Verordnungen zur „Erklärung von Naturdenkmälern“, sofern diese bereits in einem festgestellten Landschaftsplan nach § 9 Landesnaturschutzgesetz ausgewiesen sind (§§ 20 Abs. 1, 50 Abs. 1 Nr. 4 LNatSchG),
 5. Genehmigung von Bootsliegplätzen und Stegen in Zone 3 und 4 (gefährdeter Uferbereich und Übergang Innen-/Außenbereich) (§§ 45, 50 Abs. 1 Nr. 4 LNatSchG),
 6. Angelegenheiten des Baumschutzes auf der Grundlage von Baumschutzsatzungen (§§ 52, 67 Abs. 1 Nr. 7 LNatSchG),

- (2) Die in § 1 genannten Städte mit 20.000 und weniger Einwohnerinnen/Einwohner, Gemeinden und Ämter übernehmen für den Bereich ihrer Stadt oder Gemeinde bzw. ihres Amtes nachstehende dem Kreis Segeberg obliegende Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung. Die Bürgermeisterinnen bzw. Bürgermeister und Amtsvorsteherinnen bzw. Amtsvorsteher übernehmen für den Bereich ihrer Stadt oder Gemeinde bzw. ihres Amtes nachstehende Zuständigkeiten der Landrätin bzw. des Landrates des Kreises Segeberg
1. Einrichtung von Tempo-30-Zonen (Beschilderung mit VZ 274.1/274,2 StVO – normale Straßensituation) an Gemeindestraßen (§ 2 Abs. 1 der Landesverordnung über die zuständigen Behörden und Stellen nach dem Straßenverkehrsrecht vom 8.11.2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 423) zuletzt geändert 15.07.2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 424), § 45 Abs. 1 b S. 2 Straßenverkehrs-Ordnung vom 16.11.1970 (BGBl. I S. 1565, berichtigt 1971 S. 38), zuletzt geändert 26.03.2009 (BGBl. I S. 734),
 2. Anerkennung der Gemeinnützigkeit und Aufsicht über die Kleingartenvereine (Nr. 1.2.4 und Nr. 4 der Richtlinien über die Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Kleingärtnervereinen und Führung der Gemeinnützigkeitsaufsicht vom 13.12.1985 (Amtsbl. Schl.-H. 1986 S. 11).

§ 4

Kostenausgleich, Gebühren, Entgelte

- (1) Für die übertragenen Aufgaben und Zuständigkeiten findet ein Kostenausgleich durch Erstattung von Personal- und Sachkosten mit Ausnahme von Satz 3 nicht statt. Die den Städten, Gemeinden und Ämtern aus der Aufgaben- und Zuständigkeitsübertragung entstehenden Mehrbelastungen werden bei der Festsetzung des Umlagesatzes für die Kreisumlage berücksichtigt. Für die Wahrnehmung der Aufgaben aus § 3 Abs. 1 Nr. 2 werden nachgewiesene notwendige Ausgaben durch den Kreis auf Antrag erstattet, soweit sie im Einzelfall 2.500 EUR übersteigen.
- (2) Soweit für Verwaltungsleistungen aus übertragenen Aufgaben und Zuständigkeiten Gebühren und Entgelte erhoben werden können bzw. Kostenerstattungen möglich sind, steht dieses Recht den Städten, Gemeinden und Ämtern zu. Für den Erlass von Gebührensatzungen gelten die maßgeblichen Rechtsvorschriften.

§ 5

Verwaltungshandeln, Rechtsweg

- (1) Für die nach § 3 übertragenen Aufgaben und Zuständigkeiten sind die Bürgermeisterinnen bzw. Bürgermeister der Städte und amtsfreien Gemeinden sowie die Amtsvorsteherinnen bzw. Amtsvorsteher der Ämter die örtlich und sachlich zuständigen Behörden nach den Bestimmungen des Landesverwaltungsgesetzes.
- (2) Die Städte, amtsfreien Gemeinden und Ämter schaffen in eigener Verantwortung die sachlichen und personellen Voraussetzungen, die für die fachgerechte Wahrnehmung der von ihnen übernommenen Aufgaben und Zuständigkeiten erforderlich sind.

- (3) Soweit Verwaltungshandeln aufgrund öffentlich-rechtlicher Rechtsvorschriften erfolgt, gelten die Bestimmungen des Landesverwaltungsgesetzes und der Verwaltungsgerichtsordnung. Widerspruchsbehörde nach § 73 der Verwaltungsgerichtsordnung ist die Landrätin bzw. der Landrat als nächsthöhere Behörde, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

§ 6 Fachaufsicht

Für die nach § 3 übertragenen Zuständigkeiten für Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung ist die Landrätin bzw. der Landrat untere Fachaufsichtsbehörde, soweit durch Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist (§ 17 Abs. 3 LVwG i.V.m. § 3 des Gesetzes über die Errichtung allgemeiner unterer Landesbehörden in Schleswig-Holstein).

§ 7 Übergangsregelung

- (1) Die beim Inkrafttreten dieses Vertrages bei der Landrätin bzw. dem Landrat des Kreises Segeberg anhängigen Verfahren in Angelegenheiten gemäß § 3 dieses Vertrages werden durch die Landrätin bzw. den Landrat abgewickelt, bis sie unanfechtbar geworden sind.
- (2) Soweit von den übernehmenden Städten, Gemeinden und Ämtern für die Aufgabenwahrnehmung Verwaltungsvorgänge aus der Zeit vor Inkrafttreten dieses Vertrages benötigt werden, sind sie auf Anforderung vom Kreis zur Verfügung zu stellen.

§ 8 Vertragsdauer, Berichtspflicht, Kündigung

- (1) Dieser Vertrag tritt am 01.01.2010 in Kraft. Er wird für die Dauer von 5 Jahren abgeschlossen.
- (2) Nach Ablauf von 3 Jahren erstellt der Kreis Segeberg einen Erfahrungsbericht in Zusammenarbeit mit den Städten, amtsfreien Gemeinden und Ämtern über die Aufgabenwahrnehmung mit geänderten Zuständigkeiten mit dem Ziel, weitere gesetzliche Aufgaben- und Zuständigkeitsverlagerungen zu prüfen. Der Erfahrungsbericht wird dem Innenministerium und den oberen Fachaufsichtsbehörden zur Kenntnis gegeben.
- (3) Sofern das Innenministerium für einzelne Vertragsbestimmungen seine Zustimmung nicht erteilt, wird die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen der Vereinbarung davon nicht berührt.
- (4) Soweit während der Vertragsdauer durch Änderung von Rechtsvorschriften Aufgaben und Zuständigkeiten, die Inhalt dieses Vertrages sind, auf Städte, Gemeinden und Ämter verlagert werden, entfällt die vertragliche Übertragung für den betreffenden Teil. Die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen der Vereinbarung wird dadurch nicht berührt.

- (5) Dieser Vertrag kann nur unter den Voraussetzungen des § 127 LVwG gekündigt werden. Die Kündigung bedarf der Schriftform. Die Kündigungsfrist beträgt 6 Monate zum Jahresende.

§ 9 Veröffentlichung

Dieser Vertrag wird im Amtsblatt für Schleswig-Holstein in der Fassung veröffentlicht, für die das Innenministerium seine Zustimmung erteilt hat.

Bad Segeberg, den 28.12.2009

(L.S.)	Kreis Segeberg gez. Hartweg (Landrätin)	(L.S.)	Stadt Bad Bramstedt gez. Kütbach (Bürgermeister)
(L.S.)	Stadt Bad Segeberg gez. Schönfeld (Bürgermeister)	(L.S.)	Stadt Kaltenkirchen gez. Sünwoldt (Bürgermeister)
(L.S.)	Stadt Norderstedt gez. Grote (Oberbürgermeister)	(L.S.)	Stadt Wahlstedt gez. Sven Diedrichsen (Bürgermeister)
(L.S.)	Gemeinde Ellerau gez. E. Urban (Bürgermeister)	(L.S.)	Gemeinde Henstedt-Ulzburg gez. i.V. Annette Marquis (1. stv. Bürgermeisterin)
(L.S.)	Amt Bad Bramstedt-Land gez. H. Klose (Amtsvorsteher)	(L.S.)	Amt Bornhöved gez. Dr. Beatrix Klüver (Amtsvorsteherin)
(L.S.)	Amt Itzstedt gez. Brors (Amtsvorsteher)	(L.S.)	Amt Kaltenkirchen-Land gez. Brakel (Amtsvorsteher)
(L.S.)	Amt Kisdorf gez. K. Mehrens (Amtsvorsteher)	(L.S.)	Amt Leezen gez. J. Hildebrandt-Möller (stellv. Amtsvorsteher)
(L.S.)	Amt Boostedt-Rickling gez. Möllhoff (Amtsvorsteher)	(L.S.)	Amt Trave-Land gez. G. Jürgens (Amtsvorsteherin)